

Eine Lebensschule für junge Frauen – und eigentlich auch für junge Männer

Tag der Hauswirtschaft Oft klappt zwischen Schule und Lehre eine Lücke. Ein Weg, diese Lücke zu füllen, ist ein Haushaltslehrjahr.



Martha Gabi erklärt den jungen Frauen, wann sie welches Reinigungsmittel benötigen. Foto: Christian Pfander

Ausbildnerin Martha Gabi schaut fragend in die Runde. «Mit was für einem Mittel putzt ihr in eurem Betrieb die Fenster?» Eine Hand schnell in die Höhe. «Glasreiniger», sagt die junge Frau. Die meisten ihrer Klassenkolleginnen nicken. Eine weitere Schülerin meldet sich zu Wort: «Wir putzen die Fenster mit Wasser.» Jetzt nickt Martha Gabi. «Glasreiniger sind relativ teuer. Wasser und ein paar Tropfen Alkohol funktionieren genauso gut.»

Es ist Mittwochmorgen, kurz vor Mittag. Vor dem Bildungszentrum Inforama Waldhof, leicht erhöht gelegen am nördlichen Stadtrand von Langenthal, präsentiert sich eine ländliche Idylle. Die Sonne scheint auf kräftig grüne Wiesen, Vögel zwitschern. Im Rauminnern pauken neun junge Frauen Hauswirtschaftstheorie. Sie sind jeden Mittwoch da, es ist der schulische Teil ihrer einjährigen Hauswirtschaftsausbildung.

Heute lehrt Martha Gabi ihren 16- bis 17-jährigen Schülerinnen, welches Reinigungsmittel sich wann am besten gegen Kalk, Schmutz oder Fett eignet. Es geht um Tenside, Mikrophasern und pH-Werte – Chemie für den Hausgebrauch. Immer wieder wechselt Gabi von der Theorie zur Praxis. Säurehaltige Spezialreiniger gegen Kalkspuren auf dem Glaskeramikerherd? Unnötig, sagt Gabi. Umweltschonender und günstiger sei ein Eigenmittel mit Zitronensäure.

Brückenangebot statt Lehre

Haushaltsarbeit wird heute oft als eine Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Auch, weil sie in der Regel unentgeltlich verrichtet wird. Tage wie der heutige Tag der Hauswirtschaft sollen in Erinnerung rufen, dass die Führung eines Haushalts ein Handwerk ist, das, wie jedes andere auch, gelernt sein will. Das entspricht auch der Maxime des Verbands bernischer Landfrauenvereine (VBL). Er war es, der 2007 das hauswirtschaftliche Bildungsjahr ins Leben gerufen hat. Das Angebot des VBL richtet sich an Jugendliche, die meist zwischen Ende der Schulzeit und Beginn der Lehre nach einer Beschäftigung suchen. Vier Tage verbringen sie auf einem profes-

sionell geführten Familienhaushalt irgendwo im Kanton Bern, ein Tag ist Hauswirtschaftsschule im Bildungszentrum Waldhof in Langenthal angesagt.

Das Bildungsjahr entstand als Antwort auf eine politische Massnahme. Vor zwölf Jahren legte der Bund fest, dass eine Berufslehre mindestens drei Jahre dauern muss. Die bis dahin bestehende einjährige bäuerliche Haushaltslehre fiel dieser Regelung zum Opfer. «Wir wollten das nicht einfach so wortlos hinnehmen», sagt Rita Gfeller, Präsidentin des VBL. Also wurde aus der Lehre ein Brückenangebot auf privater Basis. «Als einjährige Hauswirtschaftsausbildung ist es im Kanton Bern heute einzigartig», sagt Gfeller.

Jährlich durchlaufen bis zu 24 Jugendliche das Programm. Wobei es nicht immer einfach sei, alle Plätze zu füllen. «Es ist jedes Jahr wieder eine Herausforderung», sagt Gfeller. Bis jetzt kam aber immer eine Klasse zustande. Heuer waren es 19 junge Frauen, die sich angemeldet haben. Für nächsten Sommer gebe es noch freie Plätze, sagt Gfeller.

«Ich wurde selbstständiger»

Während sich die eine Hälfte der Klasse mit Hauswirtschaftstheorie beschäftigt, rührt die andere

Hälfte in Kochtöpfen. Kochen ist einer der Grundpfeiler der Ausbildung, genauso wie Putzen, Waschen oder Nähen. In der Grossküche liegen überall Ausgaben des «Tiptopf», die Bibel des schulischen Kochunterrichts. Martina Burri, 16 Jahre alt, aus Zollikofen wendet Spätzli in einer Bratpfanne. Sie ist in ihrem Element. Im nächsten Sommer startet sie eine Lehre als Köchin. Empfohlen habe ihr das Zwischenjahr ihre Mutter. Bis jetzt habe sich der Schritt gelohnt. «Ich wurde selbstständiger», sagt Burri. Vorher kannte sie nur die Grundlagen des Haushaltens. «Hier lernt man die Details.»

Martina Burri hat ihre Lehrstelle erst im vergangenen Herbst gefunden. Andere hatten schon vor Beginn des Hauswirtschaftslehrlers einen Ausbildungsplatz im Sack. Etwa Severine Moser, 17 Jahre alt, aus Langnau im Emmental. Sie wird im Sommer eine Lehre als Schreinerin anfangen. Bis es so weit ist, wollte sie nicht bloss die Schulbank drücken, etwa in Form eines 10. Schuljahrs. «Ich suchte etwas zum Wäreche», sagt sie. Und hier könne sie auch noch was fürs Leben lernen. Gibt es eine Arbeit in der Ausbildung, die sie nicht so gerne macht? «Nähen muss ich jetzt nicht den ganzen Tag.»

Männer sind Mangelware

Einen Regelfall, wer sich für das Bildungsjahr Hauswirtschaft entscheidet, gibt es nicht, sagt Rita Gfeller. Es hat Abgängerinnen der Sekundar- und Realschule genauso wie junge Frauen, die vor dem Gymnasium noch eine praktische Ausbildung machen wollen. Nur etwas gibt es (fast) nicht: junge Männer. In den zwölf Jahren, seit der Lehrgang besteht, hat sich erst ein einziger männlicher Teilnehmer für den Bildungsgang angemeldet.

Es ist Mittag. Im Bildungszentrum Inforama Waldhof steht das Essen an. Die beiden Klassenhälften kommen zusammen und versammeln sich um die musterhaft gedeckten Tische. Es gibt Gratin, Gemüse, Fleischvögel und Caramelköppli. Selbstverständlich zubereitet nach einem Rezept aus dem «Tiptopf».

«Als einjährige hauswirtschaftliche Ausbildung ist das Angebot im Kanton Bern heute einzigartig.»

Rita Gfeller
Präsidentin des Verbands
bernischer Landfrauenvereine

Quentin Schlapbach

Illegal oder einfach

Telefonwerbung Ein ehemaliger Präsident eines Callcenters steht in Es ist das jüngste Beispiel eines Kampfs gegen Windmühlen.

Cedric Fröhlich und Johannes Reichen

Das Telefon klingelt. Auf dem Display wird die Nummer 031 355 15 70 angezeigt oder die 81 am Schluss, vielleicht auch die 84 oder die 92. Am Apparat ist eine Frau Schilling oder eine Frau Schulze oder einfach der «Prämienvergleich Bern». Mal geht es um ein «Gewinnversprechen» oder die Krankenkasse, mal um ein Zeitungsabo oder ein Angebot für Grünlippmuschel-Kapseln. Immer aber kommt der Anruf mit einer dieser Nummern aus Bern-Bümpliz, von einer Firma, die Telefonwerbung betreibt.

Nach diesem Muster werden zwischen Dezember 2012 und September 2014 vom Bümplizer Callcenter aus rund sechseinhalb Millionen Telefonnummern in der Schweiz angewählt. Viele der Angerufenen nehmen an, viele aber auch nicht. Viele lassen sich informieren, wickeln vielleicht

ein Geschäft ab. Viele legen wütend wieder auf. Einige wenige lassen den Anruf nicht auf sich sitzen. Die mit einem Stern neben dem Namen im Telefonbuch. Einem Vermerk, der sagt: «Wir wollen keine Werbung!» Wer trotz dieses Sterns angeleiert wird, kann das beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) melden. Denn solche Anrufe sind grundsätzlich illegal.

Und so kommt es, dass der damalige Verwaltungsratspräsident der Firma gestern Mittwoch vor Gericht steht, angeklagt wegen unlauteren Wettbewerbs. Das Seco ist überzeugt, dass die Anrufe gesetzeswidrig waren, und hat bei der Staatsanwaltschaft einen Strafantrag gestellt. 27 Anrufe werden derzeit am Regionalgericht Bern-Mittelland verhandelt.

Tausende Beschwerden

Telefonwerbung ist ein grosses Business und für viele ein ebenso grosses Ärgernis. Jeden Monat würden in der Schweiz 18 Millionen unerwünschte Anrufe gemacht, heisst es bei der Stiftung für Konsumentenschutz. «Wir gehen davon aus, dass täglich Zehntausende Werbeanrufe an Anschlüsse mit Stern erfolgen», sagt Sprecher Alex von Hettlingen. So gesehen ist der Fall, der jetzt in Bern verhandelt wird, ein Tropfen auf ein überhitztes Bergmassiv – 27 Anrufe unter Millionen.

Das Seco erreichen jährlich Tausende Beschwerden wegen unerwünschter Anrufe, 2017 waren es 17 696. «Das Problem kann als gross bezeichnet werden», sagt Seco-Sprecher Fabian Maienfisch. Trotzdem kommt es selten vor, dass ein Betreiber von Callcentern vor Gericht landet.

Das Amthaus in Bern, Saal 217, der Prozess

Die Politik will reagieren

Geht es nach dem eidgenössischen Parlament, gehören Anrufe von Krankenkassenmaklern bald der Vergangenheit an. Die Räte haben einem Verbot von Werbeanrufen an potenzielle Neukunden zugestimmt. In der Branche selbst laufen Bestrebungen, die Kaltakquise selbst zu regulieren, jedoch spielen nicht alle Anbieter mit. Nun soll der Bundesrat das Verbot für allgemeinverbindlich erklären. Zudem stehen Anpassungen des Fernmeldegesetzes an. Telecomanbieter sollen künftig Werbefilter einbauen müssen. Und: Wer seine Nummer nicht in ein Telefonverzeichnis einträgt, soll nicht länger belästigt werden dürfen. Kein Eintrag wäre gleichbedeutend mit einem Sterneintrag. (cef)

«Zu manchen Nummern haben wir keine Spuren in unserem System gefunden.»

Angeklagter
früherer Präsident
des Unternehmens

